SCH 2 Schulwerk

SCH 2.1 Schulwerk der Diözese Augsburg

SCH 2.1.1 Stiftungsakt, Satzung

SCH 2.1.1

Vom 28. August 1975

Nach gründlichen Vorüberlegungen und ausführlichen Beratungen mit einer Reihe von Ordensgemeinschaften, die Träger von Gymnasien, Realschulen, Fachakademien usw. in unserer Diözese sind, und nach entsprechenden Grundsatzbeschlüssen von Domkapitel, Diözesansteuerausschuß und Seelsorgerat sowie positiven Vorbescheiden zuständiger staatlicher Stellen errichtete unser Hochwst. Herr Bischof Dr. Josef Stimpfle in Gegenwart zahlreicher an den Vorbereitungen beteiligter Persönlichkeiten mit Stiftungsakt vom 28. August 1975 das SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG in Form einer kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts. Gleichzeitig unterzeichnete er die zum Stiftungsakt gehörige ausführliche Satzung des Schulwerks.

Dieser Stiftungsakt erhielt mit Urkunde vom 8. September 1975 die dazu erforderliche Genehmigung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

Stiftungsakt, Stiftungssatzung und ministerielle Genehmigung des Schulwerks der Diözese Augsburg haben folgenden Wortlaut:

STIFTUNGSAKT

Die
DIÖZESE AUGSBURG
erläßt nachstehenden
STIFTUNGSAKT
zur
Errichtung des
„SCHULWERKS DER DIÖZESE AUGSBURG“
in Augsburg
als einer kirchlichen Stiftung
des öffentlichen Rechts

I.

Das kirchliche Schulwesen im Raum der Diözese Augsburg wird seit langer Zeit von Orden, Kongregationen und ähnlichen kirchlichen Gemeinschaften getragen. Es umfaßt gegenwärtig eine Vielzahl schulischer Einrichtungen. Diese Schulträgerschaft wird für ihre Träger in der heutigen Zeit zunehmend beschwerlicher. Mit ein Grund dafür ist der zu geringe Zugang an klösterlichen Lehrkräften und die den heutigen Bedürfnissen nur noch teilweise angemessenen Staatsleistungen für diese Einrichtungen. In nicht wenigen Fällen ist es daher absehbar, daß die mit einer Schulträgerschaft verbundenen Lasten von den bisherigen Trägern allein nicht mehr getragen werden können.

SCH 2.1.1

Angesichts dieser Situation sowie der dringenden Ersuchen mehrerer Ordensgemeinschaften sieht sich die Diözese Augsburg aufgerufen, sich der von kirchlichen Gemeinschaften getragenen Schulen anzunehmen, ihren Erhalt zu sichern und sie nach besten Kräften zu fördern.

Sie steht damit auch im Einklang mit den Empfehlungen und Beschlüssen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, die die kirchliche Verantwortung im Bildungsbereich in sehr zutreffender und nachdrücklicher Weise zum Ausdruck bringen, wenn sie sagen:

„Das Leben jedes einzelnen Menschen und die Zukunft der Gesellschaft werden entscheidend durch das Bildungswesen beeinflusst. Weil die Kirche mitverantwortlich ist für das Leben der Menschen und die Zukunft der Gesellschaft, muß sie an der Entwicklung des Bildungswesens mitwirken. Damit löst sie auch eine Verpflichtung ein, die sie mit der Taufe junger Menschen übernimmt. Wo immer es ihr möglich war, hat sich die Kirche dieser Aufgabe unterzogen. So verfügt sie auf diesem Gebiet über reiche Erfahrungen, eigene Einrichtungen und Kräfte . . .

Antrieb und Maßstab für ihr spezifisches Denken und Handeln im Bildungsbereich findet die Kirche in dem, was der Glaube über den Auftrag des Menschen in der Welt sagt . . . Grund für ihr Wirken im Bildungsbereich erblicken Christen in der Liebe, mit der Gott uns Menschen liebt, in der er in Jesus Christus unser Bruder geworden ist, damit wir in liebender Antwort an ihn und alle Mitmenschen das Kommen seines Reiches vorbereiten . . . Die obersten Ziele von Erziehung und Bildung des Menschen liegen für katholische Christen in der Entfaltung der menschlichen Anlagen, in der Befähigung des Menschen zum Dienst an seinen Mitmenschen, der Gesellschaft und der Ausbreitung des Reiches Gottes. Es entspricht katholischer Überzeugung, eine solche Vereinbarkeit zeitlicher und ewiger Ziele für die Erziehung und Bildung des Menschen für möglich und notwendig zu halten . . . Wichtiges Anliegen der Christen ist es, daß in allen Bereichen von Erziehung und Bildung in angemessenem Umfang auch religiöse Bildung und Glaubenserziehung wirksam werden, weil dies zur Forderung nach der Entfaltung menschlicher Anlagen gehört, weil die Befähigung zum Dienst an der Ausbreitung des Reiches Gottes und das Mitwirken mit der Gnade Gottes zu den obersten Zielen für die Erziehung und Bildung des Menschen gehören . . .

Für katholische Christen gehört zu einer gerechten und vernünftigen Gestaltung des Bildungsbereiches das Recht auf Errichtung, Unterhaltung und eigene Prägung von Einrichtungen in freier Trägerschaft. Dies gilt in abgestufter Weise für die Erziehung des Kindes vor der Einschulung, für Schulen, für Hochschulen, für die außerschulische Jugendbildung, für Internate und Heime und für die Weiterbildung/Erwachsenenbildung . . . Katholische Schulen in freier Trägerschaft sind Stätten, an denen die Kirche in einer spezifischen Weise in unserer Gesellschaft gegenwärtig und sichtbar wird . . . Die katholischen Schulen in freier Trägerschaft bemühen sich um die Beachtung der pädagogischen Eigengesetzlichkeit, um fortwährende wissenschaftliche Überprüfung des eigenen pädagogischen Tuns, um soziale Offenheit und besondere Berücksichtigung der schwächeren und benachteiligten Glieder der Gesellschaft – wobei nicht nur die wirtschaftlich-finanziellen Benachteiligten, sondern auch vielfältige persönliche und familiäre Belastungen zu beachten sind – und um Mitwirkung und Mitbestimmung aller am Bildungsprozeß Beteiligten . . . Ihre Eigenprägung und ihren Anteil an der Sendung der Kirche in der Welt gewinnen die katholischen Schulen in freier Trägerschaft dadurch, daß sie aus einem umfassenden Verständnis von Mensch und Welt heraus erziehen, . . . Die katholischen Schulen in freier Trägerschaft sollen dem Menschen aber auch helfen, ein Leben aus dem Glauben zu führen und sich in der Welt von heute als Christ zu

verhalten ... Aus der Offenbarung erwächst dem Christen die Verpflichtung, für andere da zu sein. Die katholischen Schulen in freier Trägerschaft dienen der Erfüllung dieses Auftrages ...

SCH 2.1.1

Die Schulabteilungen der Bistümer sollen Entwicklungspläne für das katholische Schulwesen in freier Trägerschaft erarbeiten ...“

So will die Diözese Augsburg ideell, finanziell und administrativ alles tun, um die Präsenz der freien katholischen Schulen zu wahren, ein alternatives Bildungsangebot gegenüber den öffentlichen Schulen aufrechtzuerhalten und die geistige Auseinandersetzung auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens positiv zu beeinflussen.

Zur Erreichung dieses Zieles kamen schultragende Ordensgemeinschaften und Diözese überein, in ausgewogener Weise zusammenzuwirken. Instrument für das Zusammenwirken auf diesem Gebiet soll ein eigener Rechtsträger, nämlich eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts, sein.

II.

Diese Stiftung soll nunmehr – nach zustimmenden Willensäußerungen aller zu beteiligenden Gremien – durch den vorliegenden Stiftungsakt und gemäß den Art. 4 ff. und Art. 37 des Bayerischen Stiftungsgesetzes vom 26. 11. 1954 (BayBS II S. 661 ff.) hiermit ausdrücklich ins Leben gerufen werden.

III.

Ihr Name soll lauten: „SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“. Sitz der Stiftung ist Augsburg.

Die Stiftung ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts.

IV.

Aufgabe und Zweck der kirchlichen Stiftung ist die Förderung des katholischen Schulwesens vornehmlich im Raum der Diözese Augsburg und die Erziehung der Jugendlichen im Geiste des katholischen Glaubens.

Die Stiftung erfüllt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne des staatlichen Steuerrechts.

V.

Die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszwecks wird, soweit dafür eigene Mittel der kirchlichen Stiftung, Leistungen Dritter, insbesondere des Staates (vor allem gemäß den einschlägigen Bestimmungen zur Finanzierung privater Schulen) nicht hinreichen, von der Diözese Augsburg (Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit dem Sitz in Augsburg, Fronhof 4) gewährleistet.

VI.

Organe der kirchlichen Stiftung sind:

- a) der Stiftungsvorstand
- b) der Stiftungsrat
- c) das Stiftungskuratorium und
- d) die Konferenz der Schulleiter

VII.

Für die kirchliche Stiftung „SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“ gilt die nachstehende Satzung.

SCH 2.1.1

VIII.

Die kirchliche Stiftung steht unter der Obhut und Aufsicht der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde für die Diözese Augsburg.

IX.

Der vorstehende Stiftungsakt bedarf gemäß Art. 4 und 6 des Bayer. Stiftungsgesetzes noch der Genehmigung durch das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus als Genehmigungsbehörde.

X.

Diese Urkunde wird zehnfach hergestellt. Davon erhalten das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Regierung von Schwaben, die kirchliche Stiftung „SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“ je zwei Fertigungen und die Diözese Augsburg vier Fertigungen.

Augsburg, den 28. August 1975

Für die Diözese Augsburg:
Dr. Josef Stimpfle
Bischof von Augsburg

SATZUNG

der

von der Diözese Augsburg errichteten
kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts
„SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“

Für die kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts „SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“ gilt gemäß Abs. VII des Stiftungsaktes vom 28. August 1975 nachstehende Satzung:

§ 1 Name, Sitz

Die Stiftung führt den Namen:

„SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“.

Sie hat ihren Sitz in Augsburg. Sie ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts.

§ 2 Aufgabe der Stiftung

(I) Aufgabe und Zweck der kirchlichen Stiftung ist es, Träger von vorschulischen, schulischen und schulähnlichen Einrichtungen katholischer Prägung, vornehmlich im Raum der Diözese Augsburg, zu sein. Die kirchliche Stiftung kann zu diesem Zweck im Rahmen der bundesdeutschen und bayerischen Schulgesetzgebung insbesondere Schulen verschiedener Art (wie allgemeinbildende, berufliche usw.) errichten, übernehmen und führen. Sie kann Schulen umwandeln oder sonst verändern sowie Schulen erforderlichenfalls abgeben oder aufgeben.

(II) Die kirchliche Stiftung soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorschulische, schulische und schulähnliche Einrichtungen mit gleicher oder verwandter Ausrichtung, die von Gemeinschaften, Verbänden, Organisationen usw., welche der katholischen Kirche zugehören, getragen werden, betreuen, beraten oder sonst mit ihnen zusammenarbeiten.

(III) Die kirchliche Stiftung kann auch andere Einrichtungen erwerben oder sich an solchen beteiligen, soweit dies mit ihrer Zweck- und Zielsetzung zu vereinbaren oder sonst in ihrem Interesse gelegen ist.

(IV) Mit Erfüllung dieser Aufgaben verfolgt die Stiftung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke, vor allem auf dem Gebiete der Jugenderziehung und der Jugendförderung, im Sinne der §§ 17, 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. 10. 1934 (RGBl I S. 925 ff.) und der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. 12. 1953 (BGBl I S. 1592 ff.).

§ 3 Erfüllung des Stiftungsauftrags

Die schulischen Einrichtungen der kirchlichen Stiftung nach § 2 dieser Satzung entsprechen in ihren allgemeinen Erziehungs- und Bildungszielen den an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen. Gleichzeitig haben sie ihrem besonderen Erziehungs- und Lehrauftrag dadurch gerecht zu werden, daß sie dem Schüler die sinngebenden christlichen Werte menschlicher Existenz erschließen und ihren Unterricht auf der Grundlage des von der katholischen Kirche verkündeten christlichen Menschen- und Weltverständnisses erteilen. Dabei sollen sie unter Achtung der freien Entscheidung des Einzelnen dem Menschen helfen, ein Leben aus dem katholischen Glauben zu führen und sich in der Welt von heute als Christ zu bewähren.

§ 4 Stiftungsvermögen

Die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszwecks wird, soweit dafür eigene Mittel der kirchl. Stiftung, Leistungen Dritter, insbesondere des Staates (vor allem gemäß den einschlägigen Bestimmungen zur Finanzierung privater Schulen) nicht hinreichen, von der Diözese Augsburg (Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit dem Sitz in Augsburg, Fronhof 4) gewährleistet.

§ 5

(I) Etwaige Gewinne sind nur für die satzungsmäßigen Zwecke zu verwenden.

(II) Die kirchl. Stiftung darf keine Person durch Verwaltungsaufgaben, die dem Zweck der kirchl. Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 6 Organe

Organe der kirchl. Stiftung sind:

- a) der Stiftungsvorstand
- b) der Stiftungsrat
- c) das Stiftungskuratorium und
- d) die Konferenz der Schulleiter

§ 7 Stiftungsvorstand

(I) Der Stiftungsvorstand besteht aus:

- a) dem Direktor der Stiftung,
- b) dem jeweiligen Bischöfl. Schulreferenten der Diözese Augsburg,
- c) einem Mitglied einer weiblichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.), die in der Diözese Augsburg ihren Sitz oder eine Niederlassung hat und die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung durch das Mittragen von Lasten oder in sonstiger Weise unmittelbar fördert,

SCH 2.1.1

d) einem Mitglied einer männlichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.), die in der Diözese Augsburg ihren Sitz oder eine Niederlassung hat und die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung durch das Mittragen von Lasten oder in sonstiger Weise unmittelbar fördert,

e) einem/einer Leiter(in) einer von der Stiftung getragenen schulischen Einrichtung.

(II) Wird das Stiftungsvorstandsmitglied nach § 7 Abs. I Buchstabe c) – gleich aus welchem Grunde – nicht in den Stiftungsvorstand entsandt, so können die zur Berufung bzw. zur Wahl des Stiftungsvorstandsmitglieds nach § 7 Abs. I Buchstabe d) berechtigten Stiftungskuratoriumsmitglieder aus ihren Reihen ein weiteres Stiftungsvorstandsmitglied berufen bzw. wählen.

Entsprechendes gilt bei Nichtentsendung – gleich aus welchem Grunde – des Stiftungsvorstandsmitglieds nach § 7 Abs. I Buchstabe d).

§ 8 Direktor der Stiftung

(I) Der Direktor der Stiftung wird vom Stiftungsrat berufen.

(II) Die Dauer seiner Tätigkeit bestimmt sich nach der Laufzeit des mit ihm von der Stiftung bzw. von der Diözese Augsburg geschlossenen Arbeitsvertrages.

(III) Der Direktor leitet die Stiftung selbstverantwortlich nach dem Gesetz, dem Inhalt des Stiftungsakts, der Stiftungssatzung sowie den Beschlüssen und Weisungen der Organe der Stiftung.

§ 9 Stiftungsvorstand – Berufung seiner Mitglieder

(I) Das Stiftungsvorstandsmitglied nach § 7 Abs. I Buchstabe c) wird von den einer weiblichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.) angehörenden Stiftungskuratoriumsmitgliedern aus den eigenen Reihen gewählt und vom Stiftungsrat, wenn er die Voraussetzungen des § 7 Abs. I Buchstabe c) als erfüllt ansieht, berufen.

(II) Das Stiftungsvorstandsmitglied nach § 7 Abs. I Buchstabe d) wird von den einer männlichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.) angehörenden Stiftungskuratoriumsmitgliedern aus den eigenen Reihen gewählt und vom Stiftungsrat, wenn er die Voraussetzungen des § 7 Abs. I Buchstabe d) als erfüllt ansieht, berufen.

(III) Das Stiftungsvorstandsmitglied nach § 7 Abs. I Buchstabe e) wird von den Leitern der von der Stiftung getragenen schulischen Einrichtungen mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

§ 10 Stiftungsvorstand – Amtszeit seiner Mitglieder

Die Berufung der Stiftungsvorstandsmitglieder nach § 7 Abs. I Buchstabe c), d) und e) geschieht jeweils auf die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl und anschließende Wiederberufung sind zulässig.

§ 11 Stiftungsvorstand – Übertragung der Mitgliedschaft, Vertretung

(I) Die Mitgliedschaft im Stiftungsvorstand ist nicht übertragbar. Ihre Ausübung kann nur mit jederzeit widerruflicher ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Stiftungsvorstandes einem anderen überlassen werden.

(II) Die Mitglieder des Stiftungsvorstandes erhalten einen ständigen Vertreter, der sie im Verhinderungsfalle vertritt.

(III) Ständiger Vertreter des Direktors der Stiftung ist der Bischöfl. Schulerferent.

(IV) Der ständige Vertreter des Bischöfl. Schulerferenten wird vom Bischof der Diözese Augsburg bestimmt.

(V) Für die Berufung und die Amtszeit der ständigen Vertreter der Stiftungsvorstandsmitglieder nach § 7 Abs. I Buchstabe c) mit e) gelten die §§ 9, 10 und 11 Abs. I entsprechend.

SCH 2.1.1

§ 12 Stiftungsvorstand – Aufgaben

(I) Der Stiftungsvorstand hat nach Maßgabe des Stiftungsakts und dieser Satzung gemeinsam mit den übrigen Stiftungsorganen nach besten Kräften auf eine Erfüllung der Aufgaben und Verwirklichung der Ziele der Stiftung hinzuwirken.

(II) Der Stiftungsvorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters.

(III) Der Stiftungsvorstand hat die ihm nach dem Gesetz, dem Stiftungsakt, dieser Satzung, den Beschlüssen und Weisungen von Stiftungsrat und Stiftungskuratorium zukommenden Aufgaben wahrzunehmen.

(IV) Der Stiftungsvorstand erarbeitet die Vorlagen für die Beratungen von Stiftungsrat wie Stiftungskuratorium und gibt sie mit entsprechenden Empfehlungen an diese Stiftungsorgane weiter. Dies gilt insbesondere für den Haushalt der Stiftung.

(V) Zu den Obliegenheiten des Stiftungsvorstandes gehört auch die Erledigung der laufenden Angelegenheiten der Lehrkräfte und der sonstigen Mitarbeiter der Stiftung.

(VI) Die Mitglieder des Stiftungsvorstandes üben ihre Vorstandstätigkeit ehrenamtlich aus; die ihnen dabei entstehenden Aufwendungen erhalten sie von der Stiftung ersetzt.

§ 13 Stiftungsvorstand – Willensbildung

(I) Der Stiftungsvorstand wird durch Beschlußfassung tätig.

(II) Der Stiftungsvorstand faßt seine Beschlüsse – soweit nicht ein anderes vorgeschrieben ist – mit der Mehrheit der zu seinen Sitzungen erschienenen Stiftungsvorstandsmitglieder. Kein Mitglied darf sich dabei der Stimme enthalten. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Direktors der Stiftung, bei seiner Verhinderung die seines ständigen Vertreters (§ 11 Abs. III) den Ausschlag.

(III) Der Stiftungsvorstand tritt wenigstens dreimal jährlich zu einer Sitzung zusammen. Daneben kann der Direktor der Stiftung aus besonderem oder dringendem Anlaß den Vorstand zu weiteren Sitzungen einberufen. Der Direktor der Stiftung hat den Vorstand innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu einer weiteren Sitzung einzuberufen, wenn ein Stiftungsvorstandsmitglied dies aus besonderem oder dringendem Anlaß bei ihm schriftlich beantragt.

(IV) Der Direktor der Stiftung bereitet die Sitzungen vor, lädt zu sämtlichen Sitzungen – auch den regelmäßig stattfindenden – jeweils eine Woche zuvor schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein und führt bei den Sitzungen des Stiftungsvorstandes den Vorsitz.

SCH 2.1.1

(V) Der Stiftungsvorstand ist beschlußfähig, wenn sämtliche Stiftungsvorstandsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und wenigstens drei von ihnen erschienen und stimmberechtigt sind. Ist der Stiftungsvorstand beschlußunfähig, so ist er umgehend ein zweites Mal zur Besprechung und Beratung desselben Gegenstandes einzuberufen. Er ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Hierauf ist bei der zweiten Einladung hinzuweisen. Im übrigen gilt in solchem Falle § 13 Abs. IV entsprechend.

(VI) Bei jeder Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, die Tag und Ort der Sitzung, die Namen der erschienenen Stiftungsvorstandsmitglieder und die der abwesenden unter Angabe ihres Abwesenheitsgrundes ersehen läßt sowie den Gang der Besprechungen und Beratungen im allgemeinen und die im Laufe der Sitzung gefaßten Beschlüsse (einschl. des Abstimmungsergebnisses dazu) ihrem Wortlaute nach wiedergibt. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Sitzung und dem/der Protokollführer(in) (der/die nicht Mitglied des Stiftungsvorstandes zu sein braucht) zu unterzeichnen und vom Stiftungsvorstand zu genehmigen.

(VII) Eine Beschlußfassung des Stiftungsvorstandes ist auch ohne Einberufung einer Sitzung möglich, wenn alle Stiftungsvorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschlusse schriftlich erklären.

(VIII) Ein Stiftungsvorstandsmitglied kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn die Beschlußfassung ihm selbst einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Stiftungsvorstand ohne Mitwirkung des persönlich Beteiligten. Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Stiftungsvorstandsmitgliedes hat die Ungültigkeit des Beschlusses nur zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war.

(IX) Der Stiftungsvorstand kann an seinen Sitzungen auch dritte Personen (als Berater, Beobachter oder in ähnlicher Funktion) teilnehmen lassen.

§ 14 Laufende und dringliche Stiftungsangelegenheiten

(I) Der Direktor der Stiftung erledigt die laufenden Angelegenheiten der Stiftung.

(II) Der Direktor der Stiftung vollzieht die Beschlüsse des Stiftungsvorstandes, des Stiftungsrates und des Stiftungskuratoriums, soweit beschlußmäßig nicht ein anderes bestimmt wird.

(III) Er ist befugt, im Einvernehmen mit dem Stiftungsratsmitglied nach § 15 Abs. I Buchstabe f) oder g), dem Bischöfl. Schulreferenten und der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen. Hiervon hat er dem zuständigen Stiftungsorgan in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

(IV) Der Direktor der Stiftung bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben der Einrichtungen der Stiftung und ihrer Mitarbeiter, insbesondere der Geschäftsstelle der Stiftung mit dem erforderlichen Personal.

§ 15 Stiftungsrat

(I) Der Stiftungsrat besteht aus:

- a) dem jeweiligen Bischof der Diözese Augsburg
- b) dem jeweiligen Bischöfl. Bildungsreferenten der Diözese Augsburg

- c) dem jeweiligen Bischöfl. Schulreferenten der Diözese Augsburg
- d) dem jeweiligen Bischöfl. Ordensreferenten der Diözese Augsburg
- e) dem jeweiligen Bischöfl. Finanzreferenten der Diözese Augsburg
- f) einem Mitglied einer weiblichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.), die in der Diözese Augsburg ihren Sitz oder eine Niederlassung hat und die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung durch das Mittragen von Lasten oder in sonstiger Weise unmittelbar fördert
- g) einem Mitglied einer männlichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.), die in der Diözese Augsburg ihren Sitz oder eine Niederlassung hat und die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung durch das Mittragen von Lasten oder in sonstiger Weise unmittelbar fördert.

(II) § 7 Abs. II gilt für die Stiftungsratsmitglieder nach § 15 Abs. I Buchstabe f) und g) entsprechend.

(III) Vorsitzender des Stiftungsrates ist der Bischof der Diözese Augsburg (§ 15 Abs. I Buchstabe a)). Bei seiner Verhinderung vertritt ihn das Stiftungsratsmitglied nach § 15 Abs. I Buchstabe b). Ist auch dieses verhindert, so hat die Vertretung des Vorsitzenden das vom Bischof von Augsburg schriftlich damit beauftragte Stiftungsratsmitglied wahrzunehmen.

§ 16 Stiftungsrat – Berufung seiner Mitglieder

(I) Die Stiftungsratsmitglieder nach § 15 Abs. I Buchstabe b) mit e) werden jeweils vom Bischof der Diözese Augsburg berufen.

(II) Das Stiftungsratsmitglied nach § 15 Abs. I Buchstabe f) wird von den einer weiblichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.) angehörenden Stiftungskuratoriumsmitgliedern aus den eigenen Reihen gewählt und vom Stiftungsrat, wenn er die Voraussetzungen des § 15 Abs. I Buchstabe f) als erfüllt ansieht, berufen.

(III) Das Stiftungsratsmitglied nach § 15 Abs. I Buchstabe g) wird von den einer männlichen Ordensgemeinschaft (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.) angehörenden Stiftungskuratoriumsmitgliedern aus den eigenen Reihen gewählt und vom Stiftungsrat, wenn er die Voraussetzungen des § 15 Abs. I Buchstabe g) als erfüllt ansieht, berufen.

(IV) Bei der Konstituierung des Stiftungsrates werden die Rechte des Stiftungsrates nach § 16 Abs. II und III von den Stiftungsratsmitgliedern nach § 15 Abs. I Buchstabe a) mit e) wahrgenommen.

§ 17 Stiftungsrat – Amtszeit seiner Mitglieder

Die Wahl der Stiftungsratsmitglieder nach § 15 Abs. I Buchstabe f) und g) geschieht jeweils auf die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

§ 18 Stiftungsrat – Übertragung der Mitgliedschaft, Vertretung

(I) Die Mitgliedschaft im Stiftungsrat ist nicht übertragbar. Ihre Ausübung kann nur mit jederzeit widerruflicher ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Vorsitzenden des Stiftungsrates einem anderen überlassen werden.

SCH 2.1.1

(II) Die Mitglieder des Stiftungsrates nach § 15 Abs. I Buchstabe b) mit g) erhalten einen ständigen Vertreter, der sie im Verhinderungsfalle vertritt.

(III) Für die Berufung und die Amtszeit der ständigen Vertreter der Stiftungsratsmitglieder nach § 15 Abs. I Buchstabe f) und g) gelten die §§ 16, 17 und 18 Abs. I entsprechend.

§ 19 Stiftungsrat – Aufgaben

(I) Der Stiftungsrat hat nach Maßgabe des Stiftungsakts und dieser Satzung gemeinsam mit den übrigen Stiftungsorganen nach besten Kräften auf eine Erfüllung der Aufgaben und Verwirklichung der Ziele der Stiftung hinzuwirken.

(II) Seine Zuständigkeit umfaßt alle Angelegenheiten der Stiftung, deren Besorgung nicht einem anderen Organ der Stiftung zugewiesen ist.

(III) Zu seinen Obliegenheiten gehören – unter jeweiliger Beachtung der für die Stiftung und ihre Einrichtungen verbindlichen Vorschriften der staatlichen Schulgesetzgebung – insbesondere:

a) das Aufstellen von Grundsätzen und der Erlass von Richtlinien, die die besonderen pädagogischen und religiösen Zielsetzungen der von der Stiftung getragenen Einrichtungen gewährleisten;

b) die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, Veränderung, Umwandlung, Abgabe und Aufgabe von vorschulischen, schulischen und schulähnlichen Einrichtungen;

c) die Berufung des Direktors der Stiftung und seine Abberufung (unter Beachtung der Bestimmungen seines Arbeitsvertrages);

d) die Besetzung von Schulleiterstellen im Einvernehmen mit dem Stiftungskuratorium;

e) die Abberufung von Schulleitern im Einvernehmen mit dem Stiftungskuratorium unter Beachtung der jeweiligen Bestimmungen der Arbeitsverträge;

f) die Anstellung, Versetzung und Entlassung von Lehrkräften wie von sonstigen Mitarbeitern;

g) der Abschluß von Verträgen zur Übernahme von vorschulischen, schulischen und schulähnlichen Einrichtungen wie deren Änderung und Beendigung;

h) der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten;

i) Anschaffungen, Baumaßnahmen und sonstige Ausgaben, die über den jährlichen Haushaltsplan der Stiftung hinausgehen (überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben);

k) der Abschluß von Überlassungsverträgen, vor allem von Mietverträgen;

l) die Übereignung (auch sicherungsweise) oder die Verpfändung von Teilen des Stiftungsvermögens;

m) die Aufnahme und Gewährung von Darlehen sowie die Abgabe von Bürgschaftsversprechen;

n) die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, die Erklärung eines Verzichts, der Abschluß eines Vergleichs, die Abgabe von Schuldanerkennnis, Schuldversprechen u. ä.;

o) die Eingehung von Verpflichtungen zu Verfügungen und Maßnahmen des § 19 Abs. III Buchstabe b) mit n);

p) die Genehmigung des jährlichen Haushaltsplans der Stiftung;

q) die Anerkennung der Jahresrechnung der Stiftung;

r) die Überprüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Stiftung durch Mitglieder oder Beauftragte des Stiftungsrates;

- s) die Entlastung von Stiftungsvorstand und Stiftungskuratorium;
 - t) die Beschlußfassung über Satzungsänderungen;
 - u) die Beschlußfassung über eine Umwandlung oder Aufhebung der Stiftung.
- (IV) § 12 Abs. VI gilt für die Stiftungsratsmitglieder entsprechend.

§ 20 Stiftungsrat – Willensbildung

(I) Der Stiftungsrat wird durch Beschlußfassung tätig.

(II) Der Stiftungsrat faßt seine Beschlüsse – soweit nicht ein anderes vorgeschrieben ist – mit der Mehrheit der zu seiner Sitzung erschienenen Mitglieder. Kein Mitglied darf sich dabei der Stimme enthalten. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Stiftungsrats, bei seiner Verhinderung die des ihn vertretenden Stiftungsratsmitglieds den Ausschlag.

(III) Der Stiftungsrat tritt jährlich zweimal zu einer Sitzung zusammen. Daneben kann der Vorsitzende des Stiftungsrats (§ 15 Abs. III) aus besonderem oder dringendem Anlaß den Stiftungsrat zu weiteren Sitzungen einberufen. Der Vorsitzende des Stiftungsrats hat den Stiftungsrat innerhalb einer Frist von drei Wochen zu einer weiteren Sitzung einzuberufen, wenn der Direktor der Stiftung oder ein Stiftungsratsmitglied dies aus besonderem oder dringendem Anlaß bei ihm schriftlich beantragt.

(IV) Der Direktor der Stiftung bereitet die Sitzungen vor und lädt zu sämtlichen Sitzungen – auch den regelmäßig stattfindenden – jeweils 10 Tage zuvor schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein und nimmt an ihnen teil.

(V) Der Stiftungsrat ist beschlußfähig, wenn sämtliche Stiftungsratsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und wenigstens fünf von ihnen erschienen und stimmberechtigt sind. § 13 Abs. V Satz 2 mit 4 und § 20 Abs. IV gelten entsprechend.

(VI) Die Bestimmungen des § 13 Abs. VI mit IX finden auf den Stiftungsrat entsprechende Anwendung.

§ 21 Stiftungskuratorium

(I) Das Stiftungskuratorium besteht aus:

- a) dem jeweiligen Bischöflichen Bildungsreferenten der Diözese Augsburg,
- b) dem jeweiligen Bischöflichen Schulreferenten der Diözese Augsburg,
- c) dem Direktor der Stiftung,
- d) je einem Mitglied derjenigen Ordensgemeinschaften (auch Kongregation oder sonstiger kirchlicher Gemeinschaft, Vereinigung o. ä.), die in der Diözese Augsburg ihren Sitz oder eine Niederlassung hat und die Erfüllung der Aufgaben der Stiftung durch das Mittragen von Lasten oder in sonstiger Weise unmittelbar fördern oder von denen wenigstens ein Mitglied an einer der von der Stiftung getragenen Einrichtung tätig ist oder die ehemals Träger einer Einrichtung der Stiftung waren oder deren Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium vom Stiftungskuratorium im Interesse der Stiftung beschlossen wird,
- e) zwei Vertretern von kirchlichen Einrichtungen (Verbänden o. ä.) in der Diözese Augsburg, die Träger von vorschulischen, schulischen oder schulähnlichen Einrichtungen sind,
- f) zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich des Bildungswesens,
- g) einem Vertreter der Elternbeiratsvorsitzenden der von der Stiftung getragenen Einrichtungen,
- h) dem Leiter einer von der Stiftung getragenen Einrichtung und

SCH 2.1.1

i) dem Vertreter der Vorsitzenden der Mitarbeitervertretungen an den von der Stiftung getragenen Einrichtungen.

(II) Vorsitzender des Stiftungskuratoriums ist das Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe a). Bei Verhinderung wird es vom Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe b) vertreten. Ist auch dieses verhindert, so hat die Vertretung des Stiftungskuratoriumsvorsitzenden das Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe c) wahrzunehmen.

§ 22 Stiftungskuratorium – Berufung seiner Mitglieder

(I) Die Stiftungskuratoriumsmitglieder nach § 21 Abs. I Buchstabe a) mit c) werden jeweils vom Bischof der Diözese Augsburg berufen.

(II) Die Stiftungskuratoriumsmitglieder nach § 21 Abs. I Buchstabe d) werden jeweils von den entsendungsberechtigten Ordensgemeinschaften (Kongregationen oder sonstigen kirchlichen Gemeinschaften, Vereinigungen o. ä.) bestimmt.

(III) Die Stiftungskuratoriumsmitglieder nach § 21 Abs. I Buchstabe e) und f) werden jeweils vom Bischof der Diözese Augsburg im Einvernehmen mit den nach § 21 Abs. I Buchstabe d) entsendungsberechtigten Gemeinschaften berufen.

(IV) Das Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe g) wird von den Vorsitzenden der Elternbeiräte der von der Stiftung getragenen Einrichtungen mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

(V) Das Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe h) wird von der Konferenz der Schulleiter (§ 27) mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

(VI) Das Stiftungskuratoriumsmitglied nach § 21 Abs. I Buchstabe i) wird von den Vorsitzenden der Mitarbeitervertretungen an den von der Stiftung getragenen Einrichtungen mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

§ 23 Stiftungskuratorium – Amtszeit seiner Mitglieder

Die Amtszeit der Stiftungskuratoriumsmitglieder nach § 21 Abs. I Buchstabe d) mit i) dauert jeweils drei Jahre. Wiederberufung bzw. Wiederwahl ist zulässig.

§ 24 Stiftungskuratorium – Übertragung der Mitgliedschaft, Vertretung

(I) Die Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium ist nicht übertragbar. Ihre Ausübung kann nur mit jederzeit widerruflicher ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Vorsitzenden des Stiftungskuratoriums einem anderen überlassen werden.

(II) Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums können sich, soweit die Satzung nicht etwas anderes vorschreibt, von einer mit schriftlicher Vollmacht versehenen Person vertreten lassen.

§ 25 Stiftungskuratorium – Aufgaben

(I) Das Stiftungskuratorium hat nach Maßgabe des Stiftungsakts und dieser Satzung gemeinsam mit den übrigen Stiftungsorganen nach besten Kräften auf eine Erfüllung der Aufgaben und Verwirklichung der Ziele der Stiftung hinzuwirken.

(II) Zu seinen Obliegenheiten gehören unter jeweiliger Beachtung der für die Stiftung und ihre Einrichtungen verbindlichen Vorschriften der staatlichen Schulgesetzgebung:

a) die Profilierung der schulischen Einrichtungen der Stiftung (insbesondere

hinsichtlich der Gestaltung des Schullebens, besonderer Bildungsangebote und Lehrziele, der religiösen Erziehung usw.) im Rahmen der Grundsätze und Richtlinien nach § 19 Abs. III Buchstabe a);

- b) die Zusammenarbeit mit den Eltern;
 - c) Fragen, die die Stellung des Schülers in der Schule betreffen;
 - d) die vorherige Stellungnahme zu den Entscheidungen nach § 19 Abs. III Buchstabe b), c), g), h), l), m), t) und u);
 - e) die Zustimmung zur Besetzung von Schulleiterstellen;
 - f) die Zustimmung zur Abberufung von Schulleitern;
 - g) die Beschlußfassung über den jährlichen Haushaltsplan der Stiftung;
 - h) die Feststellung der Jahresrechnung der Stiftung;
 - i) die Entgegennahme des Jahresberichts der Stiftung und dessen Weiterleitung samt seiner Stellungnahme dazu an den Stiftungsrat;
 - k) die Festsetzung von Schulgeldern.
- (II) § 12 Abs. VI gilt für die Mitglieder des Stiftungskuratoriums entsprechend.

§ 26 Stiftungskuratorium – Willensbildung

- (I) Das Stiftungskuratorium wird durch Beschlußfassung tätig.
- (II) Das Stiftungskuratorium faßt seine Beschlüsse – soweit nicht ein anderes vorgeschrieben ist – mit der Mehrheit der zu seiner Sitzung erschienenen Mitglieder. Kein Mitglied darf sich dabei der Stimme enthalten. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Stiftungskuratoriums, bei seiner Verhinderung die des ihn vertretenden Stiftungskuratoriumsmitglieds den Ausschlag.
- (III) Das Stiftungskuratorium tritt jährlich zweimal zu einer Sitzung zusammen. Daneben kann der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums (§ 21 Abs. II) aus besonderem oder dringendem Anlaß das Stiftungskuratorium zu weiteren Sitzungen einberufen. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums hat das Stiftungskuratorium innerhalb einer Frist von drei Wochen zu einer weiteren Sitzung einzuberufen, wenn ein Stiftungskuratoriumsmitglied dies aus besonderem oder dringendem Anlaß bei ihm schriftlich beantragt.
- (IV) Der Direktor der Stiftung bereitet die Sitzungen vor und lädt zu sämtlichen Sitzungen – auch den regelmäßig stattfindenden – jeweils 10 Tage zuvor schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein.
- (V) Das Stiftungskuratorium ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und die Mehrheit von ihnen erschienen und stimmberechtigt ist. § 13 Abs. V Satz 2 mit 4 und § 26 Abs. IV gelten entsprechend.
- (VI) Die Bestimmungen des § 13 Abs. VI mit XI finden auf das Stiftungskuratorium entsprechende Anwendung.

§ 27 Konferenz der Schulleiter

- (I) Die Konferenz der Schulleiter besteht aus den Leitern(innen) der von der Stiftung getragenen Einrichtungen und dem Direktor der Stiftung.
- (II) Die Konferenz der Schulleiter gliedert sich in nach Schulgattungen getrennte Arbeitsgruppen.
- (III) Vorsitzender der Konferenz der Schulleiter wie jeder ihrer Arbeitsgruppen (§ 27 Abs. II) ist der Direktor der Stiftung. Bei seiner Verhinderung vertritt ihn jeweils der (die) dienstälteste anwesende Schulleiter(in).

SCH 2.1.1 § 28 Konferenz der Schulleiter – Übertragung der Mitgliedschaft, Vertretung

(I) Die Mitgliedschaft in der Konferenz der Schulleiter wie in ihren einzelnen Arbeitsgruppen ist nicht übertragbar.

(II) Die Mitglieder der Konferenz der Schulleiter wie ihrer einzelnen Arbeitsgruppen werden im Falle ihrer Verhinderung durch den (die) stellvertretende(n) Schulleiter(in) vertreten.

§ 29 Konferenz der Schulleiter – Aufgaben

(I) Die Konferenz der Schulleiter hat ebenso wie ihre einzelnen Arbeitsgruppen nach Maßgabe des Stiftungsakts und dieser Satzung gemeinsam mit den übrigen Stiftungsorganen nach besten Kräften auf eine Erfüllung der Aufgaben und Verwirklichung der Ziele der Stiftung hinzuwirken.

(II) Zu ihren wie ihrer einzelnen Arbeitsgruppen Obliegenheiten gehört die Beratung von Stiftungsvorstand, Stiftungsrat und Stiftungskuratorium im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach § 29 Abs. I dieser Satzung.

(III) Daneben hat die Konferenz der Schulleiter unter sich einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu pflegen und dessen jeweilige Ergebnisse im Rahmen ihrer Aufgabe nach § 29 Abs. II dieser Satzung zu verwerten. Gleiches gilt für ihre einzelnen Arbeitsgruppen entsprechend.

(IV) § 12 Abs. VI gilt für die Mitglieder der Konferenz der Schulleiter wie ihrer einzelnen Arbeitsgruppen entsprechend.

§ 30 Konferenz der Schulleiter – Willensbildung

(I) Die Konferenz der Schulleiter wie ihrer einzelnen Arbeitsgruppen wird – unbeschadet der Möglichkeit gemeinschaftlicher fachlicher Erörterungen, dienstlicher Besprechungen, eines reinen Erfahrungsaustausches u. ä. – durch Beschlußfassung tätig.

(II) Die Konferenz der Schulleiter wie ihrer einzelnen Arbeitsgruppen faßt ihre Beschlüsse – soweit nicht ein anderes vorgeschrieben ist – mit der Mehrheit der zu ihrer Sitzung erschienenen Mitglieder. Kein Mitglied darf sich dabei der Stimme enthalten. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Dienstältesten erschienenen Schulleiters den Ausschlag.

(III) Die Konferenz der Schulleiter tritt jährlich wenigstens einmal zu einer Sitzung zusammen. Daneben kann jeder Vorsitzende eines Stiftungsorgans die Konferenz der Schulleiter zu weiteren Sitzungen einberufen. Der Vorsitzende der Konferenz der Schulleiter hat die Konferenz der Schulleiter innerhalb einer Frist von drei Wochen zu einer weiteren Sitzung einzuberufen, wenn (wenigstens) zwei Schulleiter dies bei ihm schriftlich beantragen.

(IV) Der Direktor der Stiftung bereitet die Sitzungen vor und lädt zu sämtlichen Sitzungen – auch der regelmäßig stattfindenden – jeweils 10 Tage zuvor schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein.

(V) Die Konferenz der Schulleiter ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und die Mehrheit von ihnen erschienen und stimmberechtigt ist. § 13 Abs. V Satz 2 mit 4 und § 30 Abs. IV gelten entsprechend.

(VI) Die Bestimmungen des § 13 Abs. VI mit IX finden auf der Konferenz der Schulleiter entsprechende Anwendung.

(VII) Für die einzelnen Arbeitsgruppen der Konferenz der Schulleiter (§ 27 Abs. II) gelten die Bestimmungen des § 30 Abs. II mit VI entsprechend.

SCH 2.1.1

§ 31 Mitarbeiter der Stiftung

(I) Das Personal der von der kirchlichen Stiftung getragenen schulischen Einrichtungen steht im Dienste der kirchlichen Stiftung.

(II) Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte der kirchlichen Stiftung bestimmt sich nach den einschlägigen Vorschriften des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen des Freistaates Bayern vom 9. 3. 1960 (GVBl. S. 19 ff.)*. Für die übrigen Mitarbeiter der kirchlichen Stiftung werden die einschlägigen Tarifverträge in der für Bund und Länder jeweils geltenden Fassung angewendet.

(III) Die Tätigkeit bei der kirchlichen Stiftung, insbesondere an den von der Stiftung getragenen schulischen Einrichtungen, setzt voraus, daß die Mitarbeiter, vor allem Lehrkräfte, geeignet und bereit sind, dem durch die Aufgabenstellung und die Zielsetzung bestimmten besonderen Charakter der kirchlichen Stiftung stets Rechnung zu tragen.

(IV) Die Unterrichtserteilung der einzelnen an den schulischen Einrichtungen der kirchlichen Stiftung tätigen Lehrkräfte bedarf jeweils für die gesamte Dauer dieser Beschäftigung der Genehmigung der staatlichen Schulaufsicht.

§ 32 Rechnungsjahr

Das Rechnungsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.

§ 33 Haushaltsplan

(I) Alle Einnahmen und Ausgaben der Stiftung sind für jedes Rechnungsjahr zu veranschlagen und in den Haushaltsplan einzusetzen. Er ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

(II) Der Haushaltsplan ist vor Beginn des Rechnungsjahres vom Stiftungsrat zu genehmigen. Dabei kann den Ausgaben auch für einen längeren Zeitraum als ein Jahr zugestimmt werden.

(III) Das Vermögen und die Schulden der Stiftung sind in eine Anlage des Haushaltsplanes aufzunehmen.

(IV) Ist der Haushaltsplan bis zum Schluß eines Rechnungsjahres für das folgende Jahr nicht erstellt und genehmigt worden, so ist, bis dies der Fall ist, der Stiftungsvorstand ermächtigt, alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind,

- a) um den Stiftungszweck weiterzuführen,
- b) um die rechtlich begründeten Verpflichtungen der Stiftung zu erfüllen und
- c) um alle sonstigen Leistungen und Maßnahmen fortzusetzen, für die durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge genehmigt worden sind.

* Neufassung vom 29. Februar 1988 abgedruckt unter SCH 1.2.1

SCH 2.1.1

§ 34 Jahresrechnung

(I) Über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres ist innerhalb von sechs Monaten nach seinem Abschluß Rechnung zu legen.

(II) Die Rechnung hat nachzuweisen:

- a) die für das Rechnungsjahr angefallenen Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu den Ansätzen des Haushaltsplanes,
- b) die am Ende des Rechnungsjahres verbliebenen Restbeträge und
- c) den Stand des Stiftungsvermögens zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres und die in dessen Verlauf eingetretenen Veränderungen.

§ 35 Satzungsänderung

(I) Eine Änderung der Stiftungssatzung bedarf eines mit der Mehrheit von 80 v. H. der abgegebenen Stimmen gefaßten Beschlusses des Stiftungsrates.

(II) Eine Änderung der §§ 2, 3, 7, 12, 15, 19, 21 und 25 der Stiftungssatzung bedarf eines mit der Mehrheit von 80 v. H. der Stimmen des Stiftungsrats gefaßten Beschlusses.

(III) Eine Änderung der Stiftungssatzung nach § 35 Abs. I oder II dieser Satzung bedarf aufgrund Art. 8 Abs. 3 Satz 1 und Art. 37 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz StiftGes. zusätzlich der Genehmigung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde.

(IV) Eine gemäß § 35 Abs. I bis III dieser Satzung vorgenommene nachträgliche Änderung, Ergänzung, Einfügung oder Streichung einer für die steuerlichen Vergünstigungen wesentlichen Satzungsbestimmung ist dem Finanzamt jeweils unverzüglich mitzuteilen. Ist etwas Derartiges in ein öffentliches Register einzutragen, so ist die Eintragung dem Finanzamt nachträglich in Abschrift mitzuteilen.

§ 36 Aufhebung

(I) Die Aufhebung der kirchlichen Stiftung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Stiftungsrates und einer Verfügung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus als Genehmigungsbehörde (vgl. Art. 17, 18 StiftGes.).

(II) Die Liquidation der kirchlichen Stiftung ist im Benehmen mit den zuständigen staatlichen Stellen durchzuführen, sofern die Einrichtungen der kirchlichen Stiftung staatlich gefördert wurden.

(III) Bereits eingegangene Verpflichtungen der kirchlichen Stiftung sind zu erfüllen.

§ 37 Vermögensbindung, Anfallberechtigung

(I) Bei Aufhebung der Stiftung – gleich aus welchem Grunde und in welcher Weise –, bei sonstiger Beendigung, auch Zusammenlegung der Stiftung mit anderen Einrichtungen oder bei Wegfall ihres steuerbegünstigten Zwecks, fällt das nach Berichtigung aller Verbindlichkeiten verbleibende Aktivvermögen der Diözese Augsburg mit der Maßgabe zu, es zum Besten kirchlicher schulischer Einrichtungen in der Diözese Augsburg oder für ähnliche Zwecke zu verwenden.

(II) Eine gemäß §§ 36, 37 Abs. I dieser Satzung vorgenommene Aufhebung der Stiftung oder Übertragung ihres Aktivvermögens als Ganzes ist dem Finanzamt unverzüglich mitzuteilen. Eine Eingliederung der Stiftung in eine andere Körperschaft ist dem Finanzamt gleichfalls unverzüglich mitzuteilen.

§ 38 Stiftungsaufsicht

SCH 2.1.1

(I) Die kirchliche Stiftung „SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG“ steht unter der Obhut und Aufsicht der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde für die Diözese Augsburg.

(II) Für die Stiftungsaufsicht gelten die einschlägigen staatlichen und kirchlichen Vorschriften.

Augsburg, den 28. August 1975

Für die Diözese Augsburg:
Dr. Josef Stimpfle
Bischof von Augsburg

GENEHMIGUNGSURKUNDE

Zur Entstehung der durch seine Exzellenz den Hochwürdigsten Herrn Bischof von Augsburg, Dr. Josef Stimpfle, namens der Diözese Augsburg errichteten Stiftung

SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG

als kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Augsburg wird nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Art. 4, 5, 6 und 37 des Stiftungsgesetzes vom 26. November 1954 (BayBS II S. 661), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juni 1974 (GVBl. S. 245), die staatliche Genehmigung erteilt. Die Stiftung wird damit rechtsfähig.

München, den 8. September 1975

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
I. A. Dr. Böck
Ministerialdirektor

(Abl. 1975 S. 401–426)